

Stellungnahme der Seebrücke Marburg zum Umgang Dirk Bambergers und der CDU Marburg mit überklebten Wahlplakaten

Nachdem uns der Umgang der CDU Marburg und ihres Oberbürgermeisterkandidaten Dirk Bamberger mit überklebten Wahlplakaten einigermaßen fassungslos zurückgelassen hat, hat sich die Seebrücke Marburg dazu entschieden, zu diesem Vorfall eine Stellungnahme zu veröffentlichen. Zu dem Format einer Stellungnahme sehen wir uns gezwungen, da wir von der CDU Marburg und Dirk Bamberger nicht direkt kontaktiert wurden, sondern ohne Vorwarnung mit Diffamierungen in der Oberhessischen Presse und einem Facebook-Video konfrontiert waren. Wir beziehen uns in der Stellungnahme auf das Facebook-Video Dirk Bambergers vom 11. März 2021¹, den Artikel zu dem Thema aus der Oberhessischen Presse (OP) vom 13. März 2021² und die E-Mails, welche von der CDU Marburg an zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen des Bündnisses verschickt wurden.

In allen drei Dokumenten wird allen in dem Bündnis organisierten Gruppen vorgeworfen, für Sachbeschädigungen an CDU-Wahlplakaten durch das Überkleben mit eigenen Plakaten verantwortlich zu sein und dieses zu tolerieren. Der einzige „Beweis“ für diese Anschuldigung besteht in den Logos der jeweiligen Gruppen, die auf den Plakaten abgedruckt sind. Im gleichen Atemzug mit dem Überkleben von CDU-Wahlplakaten wird in dem OP-Artikel und dem Video Dirk Bambergers ein Angriff mit Farbbeuteln und Aufklebern auf die CDU-Wahlounge und das Anmalen und Abreißen von Wahlplakaten genannt. Mit dieser perfiden Strategie wird anschließend den im Bündnis organisierten Gruppen eine Tolerierung dieser Straftaten vorgeworfen. Die CDU Marburg und Dirk Bamberger lassen es damit so aussehen, als wäre das Bündnis für all diese Taten verantwortlich. Beweise für die Verantwortung der beschuldigten Gruppen bleibt die CDU auch hier schuldig.

Des Weiteren werden sowohl in dem OP-Artikel als auch in dem Facebook-Video Dirk Bambergers einzelne Gruppen herausgegriffen und wiederum pauschalisierend und undifferenziert als „linksextremistisch“ gebrandmarkt. Diese Markierung ist insbesondere vor dem Hintergrund brandgefährlich, dass Aktivist*innen oftmals bereits Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sind. So wurden in Krefeld im Oktober 2020 zwei Autos von Seebrückenaktivist*innen angezündet und in Einbeck wurde im Juni 2020 sogar ein Sprengstoffanschlag auf eine Aktivistin verübt.³ Auch Seebrückenaktivist*innen in Marburg wurden in der Vergangenheit bereits durch anonyme Drohschreiben in privaten Briefkästen eingeschüchtert. Durch die Markierung der Gruppen und der

¹ <https://www.facebook.com/dirk.bamberger/videos/276291463939663/>

² Printausgabe der Oberhessischen Presse, Samstag, 13. März 2021, Seite 3

³ <https://www.tagesspiegel.de/politik/brandanschlag-gegen-seebruecke-bewegung-autos-von-fluechtlings-aktivisten-in-krefeld-angezuendet/26242892.html>

dahinterstehenden Personen tragen Dirk Bamberger und die CDU Marburg in öffentlichkeitswirksamen und reichweitestarken Formaten dazu bei, dass sich Menschen zu Angriffen auf Aktivist*innen legitimiert fühlen. Dieses Vorgehen verurteilen wir daher auf das Schärfste, da durch diese „Wahlkampfstrategie“ der CDU zivilgesellschaftliches Engagement delegitimiert wird und im Extremfall die Leben von Aktivist*innen gefährdet werden.

Zudem lagen die Plakate des Bündnisses zur Abholung an einem öffentlichen Ort aus. Dieses Vorgehen erschien uns im Angesicht des Infektionsschutzes angebracht. Dass die hessische CDU diese Auffassung hinsichtlich des Infektionsschutzes nicht immer teilt, haben die etwas aus dem Ruder gelaufene Geburtstagsfeier des CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch⁴, aber auch die kürzlich publik gewordene Missachtung der Corona-Regeln durch Dirk Bamberger beim „Totengedenken“ der Marburger Burschenschaft Arminia⁵ gezeigt. Jenseits der Missachtung der Corona-Regeln sind wir mehr als irritiert darüber, in welchen anti-demokratischen Kreisen sich Dirk Bamberger zu bewegen scheint. So war der damalige Aktivensprecher der Burschenschaft Arminia, Simon Büssing, im Jahr 2015 Gründungsmitglied und Sprecher der Jungen Alternative Marburg-Biedenkopf.⁶ Büssing war im April 2017 auch auf dem Landeskongress der Jungen Alternative auf dem Haus der Marburger Burschenschaft Germania anwesend, von dem aus gewalttätige Angriffe auf Pressevertreter*innen ausgingen.⁷ Zudem ist die Burschenschaft Arminia gemeinsam mit der Burschenschaft Germania, der Burschenschaft Rheinfranken und der Burschenschaft Normannia Leipzig im Marburger Waffenring organisiert. Diese drei Burschenschaften sind im Korporationsverband *Deutsche Burschenschaft* organisiert, welcher regelmäßig die Einführung eines sog. „Arierparagraphen“ diskutiert⁸ und deren Mitglieder teilweise sogar von den Landesämtern für Verfassungsschutz wegen rechtsextremistischer Bestrebungen beobachtet werden⁹. Die Akteure aus diesem Spektrum arbeiten seit Jahrzehnten an einem völkisch-autoritären Staatsumbau. Vor diesem Hintergrund wirkt es schon etwas zynisch, wenn sich Dirk Bamberger in seinem Video als glühender Verteidiger der Demokratie darstellt und den Gruppen des Bündnisses pauschal und ein weiteres Mal ohne Belege antidemokratische Tendenzen vorwirft.

⁴ <https://www.hessenschau.de/politik/partyvideo-cdu-politiker-willsch-feiert-ohne-maske-und-abstand,willsch-geburtstagsfeier-100.html>

⁵ <https://stadtlandvolk.net/?p=512>

⁶ <https://stadtlandvolk.net/?p=512>

⁷ <https://stadtlandvolk.net/?p=143>

⁸ <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/burschentag-deutsche-burschenschaft-streitet-wieder-um-ariernachweis-a-901174.html>

⁹ <https://taz.de/Gericht-lehnt-Burschenschaft-Antrag-ab!/5735239/>

Angesichts der vielbeschworenen Rechtsstaatlichkeit durch die CDU waren wir zudem sehr verwundert über deren Auslegung in E-Mails der CDU an einzelne Gruppen aus dem Bündnis. In diesen wurden willkürlich Fristen gesetzt und die Gruppen für die Sachbeschädigungen kollektiv und ohne Beweise haftbar gemacht. Laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist das Schuldprinzip nicht nur elementarer Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips, sondern auch Ausdruck der Menschenwürde und dadurch vor Veränderungen des Grundgesetzes geschützt. Dem Schuldprinzip nach darf eine Strafe nur verhängt werden, wenn dem Täter oder der Täterin seine oder ihre Tat persönlich zum Vorwurf gemacht werden kann. Auch Sachbeschädigungen müssen einem Täter oder einer Täterin individuell zugeordnet und nachgewiesen werden und können nicht einfach von einem CDU-Stadtverband ohne Beweise allen Gruppen eines Bündnisses zugeordnet werden, nur weil die Logos der Gruppen auf den für die Sachbeschädigung verwendeten Plakaten abgedruckt waren. Sie würden ja auch nicht den Autohersteller dafür haftbar machen, wenn jemand mit einem Auto dieser Marke ein Straßenschild umfährt.

Höchst irritierend fanden wir außerdem die Aussage Dirk Bambergers „Am Ende sieht man sich immer zwei Mal im Leben. Das war jetzt das erste Mal. Seid auf das zweite Mal gespannt.“¹⁰ Wir verstehen diese Aussage als Drohung an die Gruppen des Bündnisses. Wir halten es für höchst problematisch, wenn ein Landtagsabgeordneter und Oberbürgermeisterkandidat zivilgesellschaftlichen Gruppen in einem Video droht, weshalb wir hoffen, die Intention dieser Aussage falsch interpretiert zu haben?

Wir bitten Dirk Bamberger und die CDU Marburg in Zukunft mit solchen Vorfällen professionell umzugehen und diese nicht für plumpe und durchschaubare Wahlkampfmanöver auszunutzen. Sie können uns gerne jederzeit direkt und persönlich anschreiben, damit wir nicht gezwungen sind solche Vorfälle über Presseartikel, Facebook-Videos und öffentliche Stellungnahmen zu „diskutieren“.

Seebrücke Marburg

¹⁰ <https://www.facebook.com/dirk.bamberger/videos/276291463939663/> (Minute 13:58 - 13:06)